



Forderungskatalog
an Minister Polaschek

06.12.2021

1. Offene Hochschulen mit hybridem Lehrbetrieb und möglichst viel Wahlfreiheit für Studierende

Hochschulen sollen offen bleiben! Es braucht einen hybriden Lehrbetrieb, in dem möglichst viel Wahlfreiheit für Studierende besteht. Wir Studierende haben unseren Anteil in der Gesellschaft geleistet. Unter uns sind 84% komplett durchgeimpft, sowie der Großteil des universitären Personals. Für Studierende, die aufgrund der pandemischen Situation nicht vor Ort an Lehrveranstaltungen teilnehmen möchten, müssen weiterhin online Alternativen geboten werden. Darüber hinaus muss die Nutzung der Bibliotheken und Lernplätze inklusive PC-Plätzen vor Ort sichergestellt werden. Nicht alle haben ausreichend Platz oder die notwendige digitale Ausstattung zuhause. Eine flächendeckende Infrastruktur an Impf- & PCR-Test-Boxen vor Ort ist dabei unerlässlich.

2. Freier und offener Hochschulzugang (Abschaffung von Studiengebühren, Zugangsbeschränkungen und Mindeststudienleistungen)

Wir stellen uns gegen jegliche finanziellen Hindernisse in und vor dem Studium, seien es Studiengebühren, Studienbeiträge, Kautionen oder Aufnahmegebühren. Wir sind der Meinung, dass der Zugang zu Bildung nicht beschränkt werden darf – Bildung ist ein Menschenrecht! Die Aufgabe des Staates ist es, für einen entsprechenden Ausbau der Kapazitäten an bestehenden Hochschulen sowie die dafür notwendigen Ressourcen zu sorgen. Durch die Schaffung der passenden Rahmenbedingungen an Hochschulen soll allen, die ein Studium anstreben, ein freier, offener Hochschulzugang ermöglicht werden.

3. Studierbare Studien

Die Lebensrealität der Studierenden muss umfassend in Entscheidungsprozesse an Hochschulen einbezogen werden. Die Beachtung des Aspekts der Studierbarkeit und studentischer Perspektiven ist daher essentiell. Es braucht eine gesetzliche Verpflichtung, dass bei der Curricula-Gestaltung auf studierendenzentriertes Lehren und Lernen geachtet wird. Aspekte, wie Modularisierung, Studierendenmobilität (z.B. über Mobilitätsfenster) sowie Wahlfreiheit und individuelle Schwerpunktsetzungen sollen, im Sinne der Studierbarkeit, verpflichtend berücksichtigt werden. Darüber hinaus muss auch durch eine Verbesserung struktureller Rahmenbedingungen (z.B. Erleichterungen bei Anerkennungen, möglichst kurze Korrekturdauern, Vereinbarkeit von Lehrveranstaltungen mit sonstigen Verpflichtungen, Angebot von ausreichend Prüfungsplätzen, Abbau von Voraussetzungsketten) ein wichtiger Beitrag zu einem studierbaren Studium geleistet werden.

4. Beihilfen sofort erhöhen

Wir fordern eine Anpassung des Beihilfen- und Stipendiensystems an die Lebensrealität der Studierenden. Die Mindeststudiendauer als Grundlage für die Berechnung der Anspruchsdauer heranzuziehen, ignoriert die Tatsache, dass viele Studiengänge nicht realistisch in dieser Zeit abgeschlossen werden können. Hier sollte die Durchschnittsstudienzeit stattdessen verwendet werden.

Das Ziel der Beihilfen ist es, gegen Armut und Ausgrenzung abzusichern, weshalb eine Erhöhung unerlässlich ist. Darüber hinaus sollen die Altersgrenzen für Beihilfen komplett abgeschafft werden. Es braucht weiters eine klare Übersicht aller Beihilfen und Stipendien, um Studierenden den Zugang zu erleichtern.

5. Erhöhung der studentischen Beteiligung in allen Gremien - Drittelparität

Um die Interessen der Studierenden bestmöglich zu vertreten, braucht es in den Gremien der Hochschulen ein ausgewogenes Machtverhältnis unter den Kurien. Momentan werden viele Entscheidungen über die Köpfe der Studierenden - der größten Personengruppe - hinweg getroffen und unsere Bedürfnisse werden politischen und finanziellen Interessen untergeordnet. Um das zu ändern fordern wir, dass mindestens ein Drittel der Stimmen in allen Gremien von Studierenden besetzt wird.

6. Verwerfen des Projekts "TU Oberösterreich", um stattdessen die finanziellen Ressourcen zu nutzen und bestehende Hochschulen besser zu finanzieren

Es ist uns noch immer rätselhaft, was uns eine neue Hochschule bringen soll, wenn die, die jetzt bereits existieren, nicht ausreichend finanziert sind. Daher fordern wir die Ausfinanzierung aller Fachhochschulen, pädagogischen Hochschulen und Universitäten durch die öffentliche Hand. Nur wenn die Finanzierung langfristig sichergestellt ist und nicht von Investitionen aus Wirtschaft und Industrie abhängt, lassen sich hochqualitative Studien anbieten und unabhängige Forschung durchführen. Drittmittel dürfen ausschließlich als Zusatzeinnahmen dienen und nicht notwendig für die Aufrechterhaltung von Lehrbetrieb und Forschung sein.

7. Digitalisierung der Hochschulen

Besonders die einschneidenden Maßnahmen an Hochschulen seit Beginn der COVID-19 Pandemie haben gezeigt, wie wichtig es für eine moderne Hochschule ist, dass sowohl Lehrende als auch Studierende mit geeigneter technischer Infrastruktur ausgestattet sind. Wir fordern daher den Ausbau technischer Infrastruktur an österreichischen Hochschulen. Auf jeden Fall muss es Streaming- und Aufnahmemöglichkeiten in allen Hörsälen und großen Seminarräumen geben. Für Studierende, die die benötigte Infrastruktur nicht haben, muss jede Hochschule Alternativen anbieten. Dies kann dadurch geschehen, dass eigene Räume oder technische Infrastruktur von der Hochschule gestellt und/oder alternative Beurteilungsmethoden angeboten werden.

8. Unabhängige Antidiskriminierungsstelle an jeder Hochschule

Diskriminierung und Übergriffe sind leider bittere Realität an unseren Hochschulen. Deshalb braucht es niederschwellige Beratungsmöglichkeiten, die auch anonym in Anspruch genommen werden können, deren Angehörige in keinem Machtverhältnis zu den Hochschulangehörigen stehen. Angehörige der Hochschulen müssen eine Anlaufstelle haben, die ihnen sowohl psychologische als auch rechtliche Beratung bietet und sie an weitere Stellen vermittelt. Wir fordern die Einrichtung unabhängiger Beratungsstellen für Diskriminierung an allen Hochschulen! Diese Beratungsstellen müssen kompetent und unabhängig besetzt werden. Eine enge Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen ist notwendig, um die rechtlich eingerichteten Strukturen zu wahren. Außerdem sollen diese dem Senat über die gemeldeten Diskriminierungsformen und die getätigte Beratung jährlich Bericht erstatten und konkrete Verbesserungen für die Hochschule vorschlagen.

9. Projekt Teilzeitstudium

Die Einführung des Teilzeitstudiums entlastet vor allem berufstätige Studierende und Studierende mit Betreuungspflichten. Dazu braucht es eine Lösung für jeden Hochschulsektor. Im FH-Sektor ist jetzt wichtig, dass es ergänzend zur Studienunterbrechung Studierenden ermöglicht werden soll, aus im Vorhinein bekannten, nachweisbaren Gründen ihr Studienjahr auf zwei Studienjahre aufzuteilen und somit für diese Zeit ein Teilzeitstudium zu beantragen. Gemeinsam mit der Hochschule sollen die Lehrveranstaltungen des ersten und des zweiten Jahres festgelegt werden, ebenso wie Übergangsbestimmungen bei einem allfälligen Studienplanwechsel.

10. Entscheidungsfreiheit für Bewerber_innen an Fachhochschulen

An österreichischen Fachhochschulen gibt es ein großes Angebot an Studiengängen mit unterschiedlichen Curricula und Schwerpunkten. Viele Studienwerber_innen können sich allerdings nicht frei zwischen diesen Möglichkeiten entscheiden, da manche FHs eine endgültige Zusage verlangen, während Rückmeldungen von anderen FHs noch ausständig sind. Bewerber_innen müssen frei zwischen ihren Möglichkeiten wählen können! Wir fordern daher einen österreichweit einheitlichen, definierten Zeitpunkt bis zu dem FHs ihre Entscheidung bekannt geben müssen, damit Studienwerber_innen in Ruhe zu ihrem zukünftigen Studium zusagen können.

11. Faire Entlohnung für Praktika

In vielen Studiengängen sind Praktika verpflichtend und nehmen oft mindestens 40 Wochenstunden in Anspruch. Zusätzlich müssen Prüfungen abgeschlossen und das Leben finanziert werden. Das ist in vielen Fällen ein enormer Stressfaktor, der zur psychischen Belastung der Studierenden beiträgt. Studierende sind nicht einfach eine billige Stütze für die Praktika anbietenden Stellen, sondern unsere Arbeit ist wertvoll und verdient Anerkennung! Deswegen fordern wir eine faire Entlohnung unserer Arbeit in Praktika.

12. Klimaneutrale Hochschulen

Hochschulen sind ein wichtiger Bestandteil der Gesellschaft, denn sie verbrauchen Ressourcen, beschäftigen Personen und bilden die Generationen der Zukunft aus. Aus diesem Grund ist es unumgänglich, dass auch sie ihren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Die Hochschulen müssen ehestmöglich, spätestens jedoch bis 2030, klimaneutral werden. Hierzu braucht es eine intensive Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Klimaministerium und Wissenschaftsministerium.

13. Klimaschutz in Forschung und Lehre

Studierende sind die Generationen der Zukunft. Wir sind es, die mit der Klimakrise leben müssen und auf die die Verantwortung, die Krise zu bewältigen, abgewälzt wird. Für diese Aufgaben müssen wir vorbereitet werden. In jedem Studiengang müssen Inhalte zur Klimakrise inkludiert werden, damit in jedem Studiengang die nötige Vorbereitung erfolgt. Jedes Studium hat mit der Klimakrise zu tun, und in jedem Studium kann für die Krise relevante Forschung und Lehre betrieben werden.